



1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

## **Klare Kante gegen die AfD**

Beschluss des Landesvorstands der CDU Brandenburg

Potsdam, 18. März 2016

### **Einleitung**

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland gab es immer wieder Versuche, Parteien rechts der Union zu etablieren. Keiner dieser Parteien gelang es dabei, sich als wählbare Alternative zu CDU/CSU darzustellen und so dauerhaft Wähler an sich zu binden. Derzeit unternimmt die Alternative für Deutschland den Versuch, sich als Gegenentwurf zu allen etablierten Parteien, im Besonderen aber zur Union, zu inszenieren und im bürgerlichen Spektrum Fuß zu fassen. Bei genauerer Betrachtung ist aber festzustellen, dass die AfD in keiner Weise eine konservativere Union ist. Sie ist eine Partei, die bereits in weiten Teilen den Boden des Grundgesetzes verlassen und rechtspopulistische sowie in Teilen rechtsextreme Positionen besetzt hat. Es ist zweifellos Aufgabe der Unionsparteien, die AfD zu demaskieren und den Bürgern zu verdeutlichen, dass die Politik der vermeintlichen „Alternative“ keine Lösungen bietet und Deutschland ärmer, kälter und einsamer macht. Vielmehr gefährden Inhalt und Politikstil der AfD den gesellschaftlichen Frieden und die politische Errungenschaften vieler Jahrzehnte bundesdeutscher Geschichte. Wir brauchen eine argumentative Auseinandersetzung mit der AfD, bei der die christlich-demokratischen Positionen offensiv und selbstbewusst vertreten werden. Eine Politik der Ignoranz, wie sie jüngst von SPD und Grünen praktiziert wurde, kann nicht die Antwort gestandener demokratischer Parteien sein. Eine solche Missachtung führt nicht nur zur Stärkung der AfD, sie wirkt darüber hinaus auch als Katalysator für Politikverdrossenheit und Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Als letzte verbliebene Volksparteien tragen CDU und CSU hierbei eine besondere Verantwortung.

### **1. Unwählbar für die junge Generation**

Die AfD ist im Kern eine rückwärtsgewandte, nationalistische Biedermannpartei, die programmatisch die Herausforderungen der Zukunft negiert und damit fundamental gegen die Interessen der jungen Generation handelt. Auch wenn die AfD mit ihrer „Altparteien-Rhetorik“ versucht, die etablierten Parteien als altbacken hinzustellen, ist sie es in Wahrheit

35 selbst, die den Begriff „Altpartei“ verdient. Die „D-Mark“ Nostalgie der AfD sowie die  
36 antieuropäische und auf Abschottung zielende Politik würde unser Land ökonomisch um  
37 Jahrzehnte zurückwerfen und die junge Generation ihrer Freiheit und ihrer Zukunftschancen  
38 berauben. Das Gesellschaftsbild der AfD ist der Gegenentwurf zu einer modernen  
39 Gesellschaft. Unterschiedliche Lebensentwürfe sowie die Gleichberechtigung von Mann und  
40 Frau finden bei der AfD nicht statt. Stattdessen orientiert sie sich am Gesellschaftsbild der  
41 60er Jahre, bei der die Frau nur als Hausfrau und Mutter Erfüllung findet, Alleinerziehende und  
42 Geschiedene als gescheitert gelten und gegen Homosexuelle Stimmung gemacht wird.  
43 Abgesehen von diesem geradezu anachronistischen Gesellschaftsbild, das die  
44 Lebenswirklichkeit des 21. Jahrhunderts negiert, scheint die AfD selbst höchste  
45 Errungenschaften wie die allgemeine Schulpflicht in Frage zu stellen. In Sachsen-Anhalt will  
46 die AfD „Homeschooling“ erlauben und würde damit auch radikalen Sekten erlauben, Kinder  
47 so besser vom Kontakt mit Gleichaltrigen und Bezugspersonen abzuschirmen. Für die junge,  
48 selbstbewusste, leistungsbereite, weltoffene und zukunftsorientierte Generation im  
49 modernen Deutschland ist die AfD unwählbar.

50

## 51 **2. Irrlichternd und rechtspopulistisch**

52

53 Spätestens seit dem Ausscheiden des ehemaligen Bundesvorsitzenden, Bernd Lucke, und der  
54 daraus resultierten Spaltung der Partei, hat sich die AfD auf einen sehr gefährlichen Weg  
55 begeben. Die AfD ist heute eine rechtspopulistische und in Teilen extremistische Partei. Die  
56 Wahlkampfthemen der AfD weisen viele Übereinstimmungen mit den Themensetzungen des  
57 europäischen Rechtspopulismus auf: Die EU, die Einwanderung, die Muslime, die angeblich  
58 vorherrschende linke politische Korrektheit und die Pluralisierung sexueller und kultureller  
59 Lebensformen. Rechtspopulistisch ist die AfD aufgrund ihrer exklusiven Vorstellungen eines  
60 als homogen geltenden Volkes, das es gegenüber allem Fremden sowie äußeren Feinden  
61 vehement zu schützen gilt.

62 Die AfD inszeniert sich als Antipartei, die sich gegen das etablierte Parteiensystem und die  
63 „Kaste“ von „Berufspolitikern“ auflehnt. Sie sieht sich als die letzte verbliebene Instanz den  
64 vermeintlichen Willen der Bevölkerungsmehrheit zu artikulieren. Diese durchweg verzerrte  
65 Selbstwahrnehmung, die vollständig bisherigen Wahlergebnissen und politischen  
66 Mehrheitsverhältnissen widerspricht, zeigt sich darüber hinaus im Umgang mit Medien und  
67 politischen Mitbewerbern. „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ sind mittlerweile Grundpfeiler  
68 jeglicher AfD-Argumentation. Hierbei nutzt die AfD bewusst diese belasteten Kampfbegriffe,



69 um die Rhetorik der politischen Auseinandersetzung kontrolliert eskalieren zu lassen. Wenn  
70 AfD-Vertreter, wie der Thüringer Fraktionschef Höcke, öffentlich davon sprechen, die  
71 Bundeskanzlerin in der „Zwangsjacke“ abführen zu lassen und Journalisten als „geistig-  
72 moralisch kastrierte Schreiberlinge“ beschimpft werden, wird das gesellschaftliche Klima  
73 bewusst radikalisiert. Gezielt gewählte Formulierungen wie diese erinnern an die Endzeit der  
74 Weimarer Republik. Mit klar kalkulierender Rhetorik wird Stück für Stück die Grenze des  
75 Sagbaren immer weiter nach rechts verschoben. Dies gipfelte zuletzt in Höckes  
76 evolutionsbiologischem und sozialdarwinistischem Vortrag vor dem sog. Institut für  
77 Staatspolitik, in dem er die These vertrat, dass die Evolution Afrika und Europa „zwei  
78 unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert“ habe. Diese Mischung aus geistiger  
79 Irrlichterei und blankem Rassismus sind klare Indizien für eine AfD, die künftig sogar völlig in  
80 das rechtsextreme Lager abdriftet.

81 Mit dieser Rhetorik vergiftet die Alternative für Deutschland wissentlich das politische und  
82 gesellschaftliche Klima in Deutschland mit dem egoistischen Ziel, parteipolitisches Kapital aus  
83 der entstehenden Verunsicherung der Bürger zu schlagen. Diese perfide Strategie muss im  
84 öffentlichen Diskurs klar benannt und enttarnt werden.

85

### 86 **3. Die AfD als zynischer „Gewinner“ der Flüchtlingskrise**

87

88 Die Migrationskrise stellt zweifelsfrei die bedeutendste gesellschaftspolitische  
89 Herausforderung seit der Deutschen Einheit dar. Es ist Aufgabe der Politik, umsetzbare  
90 Lösungen zur erarbeiten, die mit unseren moralischen, ethischen und demokratischen  
91 Grundsätzen vereinbar sind. Dies geschieht selbstverständlich im politischen Diskurs, der von  
92 unterschiedlichen parteipolitischen Positionen sowie Traditionen geprägt ist. Klar ist, dass das  
93 Ringen um die beste Lösung in Demokratien eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Doch es ist  
94 die uneingeschränkte Pflicht einer jeden demokratischen Partei gegenüber den Menschen  
95 unseres Landes, sich an diesem Diskurs zu beteiligen und diesen ehrlich zu führen. Die AfD  
96 entzieht sich dieser Verantwortung allerdings vollständig und schürt Ängste innerhalb der  
97 Bevölkerung, um daraus parteipolitischen Nutzen zu ziehen. An einer Lösung der  
98 Flüchtlingskrise ist die AfD nicht interessiert, da ihr politisches Überleben vom Fortbestand  
99 dieser Krise abhängt. Sie profitiert von einem Klima der Verunsicherung und Angst, welches  
100 sie nicht müde wird, selbst zu schaffen. Mit Marktschreier-Rhetorik und Halbwahrheiten treibt  
101 sie einen Keil in die deutsche Gesellschaft. Mehr noch, die AfD betrachtet die Flüchtlingskrise  
102 als „Geschenk“, welches dafür gesorgt hat, dass sie nach der Euro-Krise nochmals aus der



103 parteipolitischen Bedeutungslosigkeit emporsteigen konnte. Diese zynische Logik des  
104 Handelns der AfD und deren niedere Motive müssen durch die Unionsparteien klar benannt  
105 und öffentlich scharf attackiert werden.

106

#### 107 **4. Die AfD als politischer Gegner der Union - keine Koalitionen**

108

109 Wir sprechen uns eindeutig für eine klare Abgrenzung gegenüber der Alternative für  
110 Deutschland aus. Jegliche Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD soll weiterhin auf allen  
111 politischen Ebenen kategorisch ausgeschlossen werden. Die AfD ist für die Union weder  
112 Ansprechpartner noch Verbündeter.

113

#### 114 **5. Die AfD durch falsche Rhetorik nicht groß machen**

115

116 Gerade in Zeiten der Flüchtlingskrise müssen einzelne Vertreter der Union darauf achten, sich  
117 nicht unfreiwillig zum Stichwortgeber der AfD zu machen. Die CDU Brandenburg fordert  
118 daher zu einer sachlichen Debatte mit Maß und Mitte in der Migrationskrise zurückzukehren.  
119 Innerparteiliche Schuldzuweisungen nützen der AfD und wirken als Katalysator bei  
120 anstehenden Wahlen.

121 Darüber hinaus dürfen die Verrohung der Sprache und der Eskalation der politischen Rhetorik,  
122 die durch die AfD bewusst vorangetrieben werden, nicht Eingang in die politische Kultur  
123 unseres Landes finden. Es ist daher dringend erforderlich, dass in öffentlichen Debatten  
124 sprachlich abgerüstet und den teilweise unsagbaren und menschenverachtenden Einlassungen  
125 der AfD-Vertreter sachlich begegnet wird. Dabei muss auch der zunehmenden  
126 Emotionalisierung der Diskussion Einhalt geboten werden, um eine Versachlichung der  
127 öffentlichen Diskussion zu ermöglichen.

128

#### 129 **6. Demaskierung der AfD offensiv vorantreiben**

130

131 Eine politische Auseinandersetzung mit der AfD soll stärker als bisher forciert werden, um die  
132 Partei argumentativ zu stellen. In diesem Prozess muss deutlich werden, dass die AfD  
133 inhaltsleere Versprechungen macht. Darüber hinaus muss den Bürgern ganz klar aufgezeigt  
134 werden, welche sozialen und ökonomischen Folgen für unser Land und die Architektur der  
135 Europäischen Union hätten. In einem solchen Diskurs muss auch explizit auf die moralische  
136 Doppelzüngigkeit der Partei hingewiesen werden. Beispiele hierfür lassen sich zu genüge



137 finden. So schwadroniert die AfD zwar über gesteuerte Medien und die sogenannte  
138 Lügenpresse – plädierte aber bis vor kurzem dafür, die Publikation von Umfrageergebnissen  
139 vor Wahlen gesetzlich zu verbieten. Besonders in Wahlkämpfen sind Unionskandidaten dazu  
140 aufgerufen, die programmatischen Eckpunkte der AfD aufzuarbeiten und diesen explizit  
141 eigene Standpunkte offensiv entgegenzustellen. Polemisches Poltern der AfD muss sachlich  
142 argumentativ entkräftet und mit eigenen konstruktiven Vorschlägen begegnet werden.

143

#### 144 **7. Radikalisierung der Mitte verhindern**

145

146 Die Union muss die Heimat der Mitte unserer Gesellschaft bleiben. Dafür braucht es weiterhin  
147 ein scharfes inhaltliches Profil. Der Ausbau von inhaltlichen Leuchttürmen, an denen sich die  
148 Wähler orientieren können, muss vorangetrieben werden. Darüber hinaus ist es von  
149 entscheidender Bedeutung, drängende Probleme der Menschen klar und deutlich zu  
150 benennen und sachgerechte Lösungen zu erarbeiten. Krisen stärken die extremistischen  
151 Ränder – Lösungen und Fortschritte stärken die demokratische Mitte.

152

#### 153 **8. Gesprächsangebote für Bürger ausbauen**

154

155 Wir plädieren für den Ausbau von Dialogformaten für den unmittelbaren Kontakt zwischen  
156 Mandatsträgern und Bürgern. Neben Online-Angeboten ist dabei die direkte Kommunikation  
157 von Mensch zu Mensch besonders entscheidend. So soll das Vertrauen in die politischen  
158 Institutionen gefördert und die Verbindung zwischen Bürgern und Politik gestärkt werden.  
159 Alle politischen Verantwortungsträger sollten sich zu einem noch intensiveren Dialog über die  
160 Frage der Unterbringung von Flüchtlingen und Integration von ausländischen Mitbürgern  
161 verpflichten. So könnten beispielsweise die Mitglieder von Landesregierungen und die  
162 Mitglieder der Bundesregierung - ähnlich den Townhall-Meetings der Kanzlerin - mit allen  
163 Bürgern auf Regionalkonferenzen direkt ins Gespräch kommen.